

JAHRESBERICHT 2002

Wie in den vergangenen Jahren, soll auch dieser Bericht unseren Mitgliedern und Freunden, den an der Arbeit der Verbindungsstelle interessierten Institutionen und Verbänden, aber auch einer möglichst breiten Öffentlichkeit, einen zusammenfassenden Überblick über Veranstaltungen und andere Aktivitäten der Verbindungsstelle im Jahr 2002 geben. Außerdem soll er einen kurzen Rückblick auf das wirtschaftliche Geschehen in Industrie, gewerblicher Wirtschaft und Dienstleistungsunternehmen einerseits und der Landwirtschaft andererseits darstellen und zudem aufzeigen, welche Erwartungen die verschiedenen Wirtschaftsbereiche zu Beginn des Jahres 2003 hegen. Sowohl beim Rückblick als auch bei der Schilderung der Erwartungen treten die zum Teil unterschiedlichen Auffassungen der einzelnen Wirtschaftszweige und ihren Verbänden, der Wissenschaft und Politik zutage. Als Quellen für diesen Teil des Berichtes dienten u.a. wiederum entsprechende Veröffentlichungen insbesondere des DIHK, des Deutschen Bauernverbandes, der Bundesregierung und der Wissenschaft.

Die Erwartungen der Deutschen Wirtschaft zu Beginn des Jahres 2002 hatten wir im letzten Jahresbericht etwa so beschrieben:

Nach dem Jahresbericht 2001 des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK) erwartet die Wirtschaft ein schwieriges Konjunkturjahr 2002. Erst im Jahresverlauf dürften sich konjunkturelle Auftriebstendenzen nach und nach durchsetzen – sofern nicht die Tarifpolitik zu einem Stolperstein der Konjunktur wird. Im Jahr 2002 dürfte Deutschland trotzdem in der EU beim Wirtschaftswachstum erneut die "rote Laterne" tragen.

Die Deutsche Wirtschaft geht sehr pessimistisch in das Jahr 2002, erwartet kaum Wachstum und weiterhin Rückgang der Beschäftigung. Ein Artikel in der "Welt am Sonntag" vom 13. Januar 2002 mit weit auseinander klaffenden Wachstumsprognosen von 1,25 % (Bundesregierung) bis 0,6 % (DIW) war so beschrieben:

"Mit Deutschland geht es weiter abwärts". Alle Zeichen stehen auf "Rot". Die Bundesrepublik bleibt in der Rezession. Der Aufschwung droht zur ewigen Hoffnung zu werden."
Auch die im Februar 2002 veröffentlichten Ergebnisse der Konjunkturumfrage des DIHK zu "Wirtschaftslage und Erwartungen" zum Jahresbeginn sind wenig hoffnungsvoll. Danach steht die Konjunktur nach wie vor am Rande der Rezession. Die Stimmung in der deutschen Wirtschaft ist gedrückt. Zuletzt waren sogar die außenwirtschaftlichen Anstöße wegen des flauen Welthandels immer schwächer. Die Binnennachfrage bietet wie schon zuvor keine Kompensation: Das Investitionsklima ist zu Jahresbeginn 2002 frostig, der private Verbrauch leidet erheblich unter den zunehmenden Problemen am Arbeitsmarkt.

Ein möglicher Aufschwung kommt spät und schwach, es wird mehr als vier Millionen Arbeitslose geben und das Wirtschaftswachstum wird nur 0,5 % betragen.

Diese pessimistische Grundstimmung der deutschen Wirtschaft zum Jahresbeginn 2002 – abgesehen von einigen optimistischen Äußerungen von Politikern und wenigen Exportbranchen – zwischen Hoffen und Bangen zog sich wie ein roter Faden durch das gesamte Jahr.

Die im Herbst anstehende Wahl, die Diskussion um den "T-Euro", das schwindende Vertrauen in die Politik und weit auseinander klaffende Prognosen von Fachleuten verunsicherten die Verbraucher und führten zu spürbarem Konsumverzicht.

Beispielhaft für die Stimmung in Deutschland zu Ostern war das Ergebnis der üblichen Frühjahrs-umfrage bei Lesern der WELT am SONNTAG, bei der aus fast allen Zuschriften eine allgemeine, tiefe Politikverdrossenheit sprach und das Vertrauen in die Professionalität der deutschen Politik und ihrer Protagonisten gegen Null tendierte.

Das **Frühjahrsgutachten** der sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute im **April** kam zwar zu dem Schluss, die Talsohle ist durchschritten, Deutschland steht vor einem Aufschwung, aber zum Überschwang besteht kein Anlass.

Die Forscher schraubten ihre Konjunkturprognosen nach unten – statt wie im Herbst mit 1,3 % rechnen sie im Frühjahrsgutachten nur noch mit 0,9 % Wachstum – Deutschland wird beim Wirtschaftswachstum auch in diesem Jahr zu den Schlusslichtern in Europa gehören. Die Arbeitslosenzahl wird vorerst kaum sinken, für teure Wahlgeschenke sehen die Experten keinen Spielraum und sie fordern in Gegenteil ein hartes Sparpaket.

Die Ausgaben von Bund und Ländern müssten in den Jahren 2003 und 2004 drastisch um je acht Milliarden Euro gekürzt werden, um eine Verringerung des Staatsdefizits einzuhalten.

Sogar die Stimmung im sonst eher optimistischen Mittelstand erreichte einen neuen Tiefpunkt; Konjunkturschwäche, Reformstau und verkrusteter Arbeitsmarkt sind hier die großen Sorgen.

Nach der Bundestagswahl im September, bei der es bis kurz vor dem Wahltag nach einem Regierungswechsel aussah, der dann aber doch nicht erfolgte, zeigten sich die Unternehmen im höchsten Maße verunsichert über die von den Regierungsparteien – im Gegensatz zu manchen Versprechungen vor der Wahl – vereinbarten Steuer- und Abgabenerhöhungen und die Aufweichung des Sparurses.

Die Aussichten für die Konjunktur in Deutschland wurden im Herbst immer schlechter.

Im **Oktober** rechneten fünf der sechs führenden Wirtschaftsforschungsinstitute für das Jahr 2002 nur noch mit einem Wachstum von 0,4 % und hofften im Jahr 2003 auf ein Wachstum von 1,4 % und hatten damit ihre Prognosen vom Frühjahr kräftig nach unten korrigiert. Das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) sah die konjunkturelle Lage noch düsterer. Auch der BDI rechnete schon damals mit einer weiteren konjunkturellen Eintrübung und noch steigenden Arbeitslosenzahlen auf 4,5 Millionen.

Die Kernaussage der Mitte Oktober veröffentlichten DIHK-Konjunkturumfrage auf der Basis der Antworten von mehr als 25.000 Unternehmen lautet:

Die Konjunktur in Deutschland wird sich im Jahr 2003 nur mühsam erholen. Für die nächsten Monate rechnen die Unternehmen sogar mit einem weiteren Tief. Hoffnungen auf einen Aufschwung

in diesem Jahr haben sich somit als trügerisch erwiesen. In den letzten Monaten hat die Konjunktur abermals einen Rückschlag erlitten. Duster sieht es im Einzelhandel und in der Bauwirtschaft aus. Im Winter müssen wir uns konjunkturell auf eine Durststrecke einstellen. Rezessive Tendenzen sind nicht auszuschließen. Erst im Laufe des nächsten Jahres dürfte sich das Konjunkturklima – getragen vom Export – etwas aufhellen. Wegen der weltpolitischen Entwicklung bleibe die Konjunktur jedoch weiter sehr labil. Verunsichert sind die Unternehmen im höchsten Maße über die von den Regierungsparteien vereinbarten Steuer- und Abgabenerhöhungen und die Aufweichung des Sparkurses. Offensichtlich fehlt der Koalition Phantasie und Kraft, um die unverzichtbare Konsolidierung durch Einsparungen bei Ausgaben und Subventionen sicherzustellen. Haushaltslöcher durch verkappte Steuererhöhungen zu schließen, ist beschäftigungspolitisch schädlich.

Der DIHK revidiert seine Erwartungen für das Wirtschaftswachstum im Jahr 2002 von 0,5 % auf eine schwarze Null; für das Jahr 2003 lautet die Schätzung 1 %.

Der Sachverständigenrat der so genannten "**Fünf Weisen**" rechnet in seinem Herbstgutachten **Mitte November** nach nunmehr geschätztem Wachstum im Jahr 2002 von 0,2 % lediglich mit Wirtschaftswachstum von 1 % im Jahr 2003.

Die Zahl der Arbeitslosen werde im Jahresdurchschnitt auf 4,17 Millionen steigen. Sie übten scharfe Kritik an den Reformvorhaben der Bundesregierung, der sie "Kurieren von Symptomen" vorwarfen; die Hartz-Vorschläge reichen nach ihrer Meinung für eine Wende am Arbeitsmarkt nicht aus.

Der Sachverständigenrat kritisiert in dem über 600 Seiten starken Gutachten die Bundesregierung, die nach wie vor an ihrer Prognose von 1,5 % Wachstum im kommenden Jahr festhält, unter dem Titel "Zwanzig Punkte für Beschäftigung und Wachstum", die öffentlichen Haushalte seien 2002 "aus dem Ruder" gelaufen. Nur durch "grundlegende Strukturreformen" könne Deutschland für den internationalen Wettbewerb fit gemacht werden.

Auch die im Februar 2003 veröffentlichten Ergebnisse der Konjunkturumfrage des DIHK zu "**Wirtschaftslage und Erwartungen**" zum Jahresbeginn lassen kaum Hoffnung auf Besserung der wirtschaftlichen Lage aufkommen.

Danach verharren die Lageeinschätzungen der Unternehmen auf dem Rekordtief im Herbst 2002.

Der Graben zwischen Export- und Binnenwirtschaft dürfte sich sogar eher vertiefen: Einerseits klammern sich die Betriebe an Ausfuhrhoffnungen, andererseits zeigen sie sich von der Inlandsnachfrage völlig desillusioniert. Per saldo sind die Geschäftserwartungen zuletzt jedoch deutlich eingebrochen. Als Folge korrigierten die Unternehmen gegenüber vergangenem Herbst ihre Investitions- und Beschäftigungspläne nochmals deutlich nach unten. Sollten die Exporthoffnungen trügen, muss in Deutschland sogar eine Rezession befürchtet werden.

Gegenüber Herbst haben sich die Exporterwartungen für 2003 sogar noch einmal etwas verbessert. Der Zuwachs nährt sich aus zu Jahresbeginn gefüllten Auftragsbüchern. Gleichwohl überrascht die Zuversicht, mit der die Industrie die Aussichten ihrer Auslandsengagements einschätzt. Eine kriegerische Auseinandersetzung im Nahen Osten spielt im Kalkül der Unternehmen keine durchschlagende Rolle. Zudem stehen die Exporthoffnungen unter dem Vorbehalt eines nicht zu starken Euro. Die Planungen der Investoren weisen auf eine Fortsetzung des Abwärtstrends bei inländischen Investitionen hin. Investitions lähmende Verunsicherung breitet sich weiter aus.

Die Unstetigkeit der Wirtschaftspolitik trägt dazu maßgeblich bei, ebenso wie Überkapazitäten und steigende Produktionskosten.

Die aktuellen Beschäftigungspläne der Unternehmen verdüstern die Aussichten am deutschen Arbeitsmarkt, wie seit den Entlassungswellen in Folge der Rezession 1993 nicht mehr. Steigende Arbeitskosten und die Unflexibilität des deutschen Arbeitsmarktes forcieren den Abbau von Arbeitsplätzen und schrecken die Unternehmen von Neueinstellungen ab. Die Tarifabschlüsse vom vergangenen Sommer erweisen sich vor dem Hintergrund einer andauernden Konjunkturflaute als zu hoch. Die verfehlte Lohnpolitik hinterlässt deshalb tiefe Spuren auf dem Arbeitsmarkt.

Zu Beginn des neuen Jahres kann man Folgendes feststellen: Die Wirtschaft hat selten so pessimistisch ins neue Jahr geblickt wie diesmal. In fast allen Branchen herrscht Katerstimmung und die Wirtschaft hat das Jahr 2003 fast abgeschrieben. Vor allem der drohende Krieg mit dem Irak trübt die Stimmung ein.

Bei der traditionellen Verbandsumfrage 2003 des Institutes der deutschen Wirtschaft (IW) waren 39 der 44 befragten Wirtschaftsverbände schlechter gestimmt als vor Jahresfrist. Erst für die zweite Hälfte des kommenden Jahres hofft die Mehrheit der Wirtschaftsverbände auf einen leichten Aufwärtstrend; im Übrigen werde das Jahr 2003 nicht besser als das vergangene. Etwas zuversichtlicher äußerte sich der "Bundesverband mittelständische Wirtschaft (BVMW)", in dem mehr als ein Drittel der befragten Unternehmen mit besseren Geschäften rechnet als im vergangenen Jahr.

Was also tun, wenn das Jahr nichts Gutes erwarten lässt?

Vielleicht hat der Bonner Wirtschaftswissenschaftler Jürgen von Hagen Recht, wenn er sagt: "Trotz des Handicaps der Berliner Regierungspolitik ist das Eigenengagement der Unternehmer mehr denn je gefragt. Die Kunst des Unternehmers bestehe schließlich darin, aus den Rahmenbedingungen das Beste zu machen, auch dann, wenn diese alles andere als rosig sind".

Zu den Erwartungen der deutschen Landwirtschaft für das Jahr 2002 hatten wir in unserem letzten Jahresbericht festgestellt, dass die Bundesregierung glaubt, die Gewinne würden sich – im Gegensatz zu den beiden Vorjahren – voraussichtlich nur in einer Größenordnung von 1 bis 5 % verbessern. Der DBV kam allerdings in seinem Situationsbericht zu der Ansicht, dass das Ergebnis des Vorjahres im Durchschnitt der Betriebe nicht gehalten werden kann. Niedrige Erzeugerpreise setzen vor allem die Schweinehalter, weiterhin die Rinderhalter aber auch zum Teil die Geflügelhalter unter wirtschaftlichen Druck.

Die wohl wichtigste Aufgabe und zugleich Herausforderung der deutschen Landwirtschaft besteht – auch nach Ansicht des DBV – zukünftig in der Rückgewinnung des Verbrauchervertrauens in deutsche Lebensmittel, speziell für Rindfleisch. Neben den zahlreichen Schutzmaßnahmen im Zusammenhang mit BSE soll dieses Ziel mit dem Aufbau einer "gläsernen Produktion" erreicht werden.

Von entscheidender Bedeutung für die landwirtschaftlichen Betriebe wird darüber hinaus das vom Verband initiierte QS-System "Qualität und Sicherheit" sein.

Die Lage der deutschen Landwirtschaft zu Beginn des Jahres 2002 ist zusammengefasst so zu beschreiben: "Die Stimmung ist schlechter als die Lage".

Die tatsächliche Lage der deutschen Landwirtschaft im Jahr 2002, basierend auf den Ergebnissen des Wirtschaftsjahres 2001/2002 (1. Juli 2001 bis 30. Juni 2002) wird u. a. sowohl in dem im Dezember 2002 der Öffentlichkeit vorgestellten "Situationsbericht 2003" des Deutschen Bauernverbandes (DBV) als auch in dem im Februar 2003 veröffentlichten "Ernährungs- und agrarpolitischen Bericht der Bundesregierung 2003" (Agrarbericht 2003) beschrieben.

Beide Berichte kommen zu dem Ergebnis, dass die wirtschaftliche Entwicklung der deutschen Landwirtschaft im Wirtschaftsjahr 2001/2002 negativ verlief.

Nach Angaben des Landvolk-Pressedienstes sind die Einkommen der Bauern vor allem preisbedingt nach zwei Jahren steigender Unternehmensergebnisse in einen Abwärtstrend geraten. Geradezu im Sturzflug haben sie sich im abgelaufenen Wirtschaftsjahr nach unten bewegt. Im Durchschnitt aller Betriebsformen und aller Bundesländer sanken die Gewinne der im Haupterwerb wirtschaftenden Landwirte, also der als Familienbetriebe geführten Einzelunternehmen, vom 1. Juli 2001 bis zum 30. Juni 2002 um 12,9 % auf 31.900 Euro. Damit gehört der Gewinnanstieg des vorhergehenden Wirtschaftsjahres schon wieder der Vergangenheit an und auch für das laufende Wirtschaftsjahr können die Landwirte nach Einschätzung des Bauernverbandes auf keine erneute Besserung der wirtschaftlichen Ergebnisse vertrauen.

Auch der "Agrarbericht 2003" kommt zu ähnlichen negativen Wirtschaftszahlen. Die Zahl der landwirtschaftlichen Betriebe und Beschäftigten hat im vergangenen Jahr um 4 % abgenommen. Im vergangenen Wirtschaftsjahr ist das durchschnittliche Einkommen in landwirtschaftlichen Haupterwerbsbetrieben um 6,1 % und der Gewinn je Unternehmen um 6,6 % geschrumpft. Die Nettowertschöpfung der deutschen Landwirtschaft ist sogar um 20 % gesunken. Schlimmer noch: Im laufenden Wirtschaftsjahr wird laut Agrarbericht mit einem weiteren Rückgang der Einkommen und Gewinne zwischen 15 und 20 % gerechnet!

Einer der auffälligsten Unterschiede im regionalen Vergleich ist die unterschiedliche Einkommensentwicklung in Ost- und Westdeutschland. Haupterwerbsbetriebe im früheren Bundesgebiet mussten Einkommenseinbußen von rund 7,4 % hinnehmen, während das Einkommen der Haupterwerbsbetriebe in den neuen Ländern um 7,6 % anstieg. Der Agrarbericht sieht den Grund dafür in den höheren Einnahmen im Ackerbau, der in Ostdeutschland größeren Bedeutung des Ackerbaus sowie der geringen Bedeutung der Schweinehaltung. Als weitere Ursachen werden höhere Milcherlöse, höhere Einnahmen aus Direktzahlungen sowie die Verringerung der Personalausgaben durch einen weiteren Abbau von Arbeitskräften gesehen.

Heftige Einbrüche bei den Erzeugerpreisen für Milch und Schweinefleisch sowie die schwierigen Erntebedingungen dürften erneut Anlass für ein Minus bei der Einkommensentwicklung sein. Nach den Betriebsformen betrachtet mussten die Veredelungsbetriebe den größten Einschnitt verkraften, aber auch die Bewirtschafter von Dauerkulturbetrieben mit Obst- und Weinbau konnten bei weitem nicht an den Vorjahresgewinn anknüpfen. Mit Rückgängen von 10,4 % beziehungsweise 6,2 % kamen die Betriebsleiter auf Marktfruchtbau- und Futterbaubetrieben relativ gesehen noch glimpflich davon. Allerdings bewegen sich insbesondere bei den Milchviehhaltern die Einkommen dramatisch weiter nach unten, da die Auszahlungspreise für Milch auf Grund des harten Preiskampfes im Lebensmittelhandel weiter stetig sinken.

Mit Sorge beobachtet der Berufsstand zudem die starke Zurückhaltung der Betriebsleiter bei den Investitionen. Nach zwei recht guten Wirtschaftsjahren hätten die Landwirte Geld in die Entwicklung ihrer Betriebe stecken müssen. Mit einem Investitionsvolumen von 29.300 Euro je Betrieb blieb dieser Ausgabenposten aber um fast 3 % unter dem Vorjahresniveau. Dies sei Ausdruck dafür, dass viele Landwirte daran zweifeln, ob eine leistungsfähige Land- und Ernährungswirtschaft noch auf die Unterstützung der deutschen Politik rechnen darf, vermutet der Bauernverband.

Auch die Nettoinvestitionen sind um etwa 3.300 Euro auf nur noch durchschnittlich 1.600 Euro je Betrieb zurückgegangen. Die Investitionstätigkeit der Landwirte hat damit im Zeitvergleich einen langjährigen Tiefpunkt erreicht. Fast 65 % der Haupterwerbsbetriebe haben im Wirtschaftsjahr 2001/2002 sogar "deinvestiert", also den Verzehr der Abschreibungen (38.100 Euro) hingenommen.

Auf europäischer Ebene hat sich der Horizont für die Landwirtschaft etwas geklärt, vor allem durch die Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs vom 24./25. Oktober 2002. Danach gilt nunmehr die Agenda 2000 als verlässliche Grundlage für die Gestaltung der EU-Agrarpolitik auch in der Phase der Erweiterung um zehn neue Mitgliedsstaaten. Und sie bleibt Grundlage für die europäische Verhandlungsposition in der laufenden WTO-Runde, die nun in eine entscheidende Phase geht. Die Position der deutschen und europäischen Landwirtschaft ist klar. Diesmal reicht es nun wirklich nicht mehr aus, nur über den Abbau von Zöllen und anderen Agrarstützungen zu verhandeln, es muss auch Fortschritte geben bei der internationalen Absicherung einer nachhaltigen Landwirtschaft mit hohen Standards im Tier-, Natur- und Umweltschutz sowie im Verbraucherschutz. Die Bundesregierung hat in diesen Politikfeldern Schwerpunkte auch in ihrer neuen Koalitionsvereinbarung gesetzt.

Ein Ausblick in die Zukunft und eine Prognose für das laufende Wirtschaftsjahr stellen sich so dar:

Vor dem Hintergrund der schon jetzt sicher zu erwartenden Einkommensrückgänge und fallender Erzeugerpreise ist im laufenden Wirtschaftsjahr 2002/2003 (1.7. – 30.6.) nicht mit einer durchgreifenden Markterholung zu rechnen. Viele Bauern wissen nicht mehr, ob eine leistungs- und wettbewerbsfähige Land- und Ernährungswirtschaft in Deutschland noch die notwendige politische Unterstützung hat.

Unter anderen Gründen entmutigt und verunsichert vor allem der aktuelle steuerpolitische Zickzack-Kurs der Regierungskoalition die Bauern.

Es wird insgesamt eine weitere Verschlechterung der wirtschaftlichen Lage auf den Betrieben erwartet. Aufgrund des Rückgangs der Erzeugerpreise für Milch und Schweine sowie der schlechteren Getreideernte und der gleichzeitig steigenden betrieblichen Aufwendungen muss bei den Gewinnen der Haupterwerbsbetriebe mit einem Minus von 15 – 20 % gerechnet werden.

Trotz der nicht gerade rosigen Aussichten kämpfen viele Bauern um ihre betriebliche Zukunft und treiben innovative Betriebsentwicklungen voran. Das gilt für die Nahrungsmittelmärkte genauso wie für die Produktion nachwachsender Rohstoffe und erneuerbarer Energien.

Zusammen mit den vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen wollen sie mit einem Stufen übergreifenden Qualitätssicherungssystem die deutschen Verbraucher von der Qualität, Frische und Preiswürdigkeit ihrer Erzeugnisse überzeugen.

Auch im Jahr 2002 bildeten mehrere Veranstaltungen die Schwerpunkte der satzungsgemäßen Arbeit der Verbindungsstelle.

Bei der vor dem Jahreswechsel üblichen gemeinsamen Sitzung von Vorstand und Beirat am 16. November 2001 im TCM auf dem Messegelände der Deutschen Messe AG in Hannover wurde u. a. das Arbeitsprogramm für das Jahr 2002 beraten. Die hierbei beschlossene Terminplanung wurde den Mitgliedern und ständigen Ansprechpartnern der Verbindungsstelle für ihre eigene Terminplanung Anfang Januar 2002 in dem seit Jahren üblichen Jahresbeginn-Rundschreiben mitgeteilt.

Als erste Veranstaltung des Jahres fand am 6. März ein Podiumsgespräch statt, das sich mit dem Thema befasste:

"Chancen und Risiken der "Neuen" Agrarpolitik aus Sicht von Politik, Wissenschaft, Landwirtschaft und Ernährungswirtschaft."

Die zu Beginn des vergangenen Jahres – ausgelöst vor allem durch die BSE-Krise in Europa – mit großer Vehemenz von der neu in ihr Amt gekommenen Ministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Frau Renate Künast, verkündete "Agrarwende" beschäftigte und verunsicherte Landwirte, Verbraucher und Ernährungsindustrie das ganze Jahr hindurch.

Vor dem Hintergrund der sich inzwischen weitgehend durchgesetzten Meinung, dass nur durch gemeinsame Anstrengungen aller Beteiligten die Rückgewinnung des Verbrauchervertrauens in deutsche Lebensmittel erreicht werden kann, diskutierten Vertreter aus Politik, Wissenschaft, Landwirtschaft und Lebensmittelindustrie dieses Thema und nahmen zu Fragen aus dem Teilnehmerkreis Stellung.

Dem Podium gehörten an:

- **Herr Ministerialrat Stefan Schulz**, Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft
- **Herr Prof. Dr. Heinz Ahrens**, Prof. für Agrarpolitik und Agrarumweltpolitik an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- **Herr Wilhelm Niemeyer**, Vizepräsident des Deutschen Bauernverbandes und Präsident des Landvolkverbandes Niedersachsen
- **Herr Klaus Wittenberg**, Vors. d. Aufsichtsrates der Nordzucker AG, Vorsitzender des Engeren Vorstandes der Wirtschaftlichen Vereinigung Zucker
- **Herr Walter Remmers**, EIRERO Landhandel GmbH & Co. KG, Bundesverband der agrargewerblichen Wirtschaft.

Die Moderation hatte **Dr. Christian Wolff**, Journalist und Landesvorsitzender des VDAJ Niedersachsen übernommen.

Der Geschäftsführer der Verbindungsstelle konnte mehr als 70 Mitglieder und Gäste begrüßen und brachte seine Freude über die gute Resonanz der Veranstaltung und das offensichtlich große Interesse am Thema dieser Tagung zum Ausdruck.

Herr Ministerialrat Schulz stellte erfreut fest, dass bei der heutigen Veranstaltung über Chancen und Risiken gesprochen werden soll. Bei augenblicklich geführten agrarpolitischen Diskussionen entsteht nämlich aus seiner Sicht der Eindruck, als ob ausschließlich Risiken das Merkmal dieser neuen Agrarpolitik sind.

Dabei wird unterstellt, dass insbesondere die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Landwirtschaft erheblich in Frage gestellt wird. Natürlich bleibt die Wettbewerbsfähigkeit eine Schlüsselposition in der Agrarpolitik, sie muss aber neu definiert werden und sollte nicht allein an der Kostenführerschaft und der Orientierung am Weltmarkt gemessen werden. Hinzu kommen müssen Qualitätsaspekte bei der Produktion und Einblicke in die Produktionsprozesse. Dadurch erlangt der Begriff Wettbewerbsfähigkeit eine andere Dimension und kann durchaus so zu einer Chance für die deutsche Landwirtschaft werden.

Zu der Frage des Moderators, ob die von Herrn Schulz geforderte neue Definition des Begriffes Wettbewerbsfähigkeit eine Frage des Gesetzgebers ist oder etwas ist, was sich in der Wirtschaft oder im Marktgeschehen ergibt und worauf die Produzenten dann Rücksicht nehmen müssen, äußerte sich **Herr Professor Dr. Ahrens**.

Unter Wettbewerbsfähigkeit einer Branche oder eines Unternehmens versteht man im Allgemeinen, Dinge zu produzieren, die sich am Markt durchsetzen; das gilt auch heute noch. Allerdings spielen heute auch andere Aspekte eine Rolle, die früher weniger bedeutsam waren, also z. B. Qualität bis hin zum Prozess der Produktion, wobei aber wichtig bleibt, dass sich die Produkte selbst am Markt durchsetzen müssen.

Was die "Agrarwende" betrifft, hat man heute manchmal den Eindruck, als solle eine Politik betrieben werden, bei der nicht primär der Verbraucher entscheidet, was produziert werden soll – und wie – sondern die Politik. Dass dabei eine Divergenz entstehen kann ist wahrscheinlich, aber eben problematisch. Wenn z. B. Frau Ministerin Künast in einer Regierungserklärung die Aufforderung an die Supermarktketten richtet, mehr Öko-Produkte in die Regale zu stellen, oder wenn versucht wird, die Verbraucher zu beeinflussen, ist das aus Sicht der Agrarökonomien durchaus problematisch, weil hier die Auffassung besteht, dass sich die Dinge allein am Markt durchsetzen müssen, und zwar ausgehend von den Wünschen der Verbraucher.

Landvolkpräsident Niemeyer ging auf die Ausgangssituation der Landwirtschaft vor BSE und die seitherige Entwicklung der Agrarpolitik ein, zumal sich alle im Augenblick veröffentlichten und kommentierten Wirtschaftsdaten – z. B. im jetzt veröffentlichten "Agrarbericht der Bundesregierung 2002" – auf das Wirtschaftsjahr 2000/2001 (1.7.2000 bis 30.6.2001), - also vor BSE und der Agrarwende, beziehen.

Es ist eine Tatsache, dass im abgelaufenen Wirtschaftsjahr nahezu in allen Bereichen der Landwirtschaft, mit Ausnahme der Rindfleischerzeugung, mehr Geld verdient worden ist, als je zuvor. Dabei hat sich herausgestellt, dass die herkömmlich wirtschaftenden Betriebe durchschnittlich etwa 15 – 20 % mehr Geld verdient haben als die ökologisch wirtschaftenden. Wenn man die derzeitige Situation emotionslos betrachtet, dann wird Landwirtschaft zukünftig in zwei Formen nebeneinander betrieben werden, nämlich die ökologisch betriebene und die konventionell betriebene Produktion. Es gibt neue Untersuchungen von international arbeitenden Wissenschaftlern, die festgestellt haben, dass ökologisch erzeugte Produkte nicht einmal sensorische, also durch die Sinnesorgane wahrzunehmende Unterschiede zu anderen Produkten aufweisen, wenn sie jedoch als "ökologisch" gekennzeichnet sind, den Glauben vermitteln, dass sie auch besser schmecken (sogen. kognitive Dissonanz). Es hat den Anschein, als ob ähnliche Denkweisen in Bezug auf "Agrarwende" und "Öko-Produktion" im BMVEL herrschen, d. h. die Wahrnehmung bzw. die Ideologie ist entscheidend, was politisch umgesetzt wird.

Auf das Thema Wettbewerbsfähigkeit unter den strengen gesetzlichen Vorgaben der "Neuen Agrarpolitik" in Deutschland ging **Herr Walter Remmers** ein, Vorstandsmitglied im Bundesverband der agrargewerblichen Wirtschaft, Futtermittelproduzent im viehstärksten Gebiet Weser-Ems und in der Praxis hautnah vertraut mit den Problemen, die die "Agrarwende" auch für die Geschäftspartner der Landwirtschaft ausgelöst hat.

Im vergangenen Jahr standen die Futtermittelhersteller vor dem Problem, die tierischen Futtermittelkomponenten, insbesondere Eiweiß, fast von heute auf morgen aus den Mischungen heraus nehmen zu müssen. Oberflächlich betrachtet ist die Lösung dieses Problems eigentlich eine Rechenaufgabe. Wenn bestimmte Komponenten nicht mehr eingesetzt werden sollen oder dürfen, zu einer tiergerechten Mischung aber bestimmte Mengen z. B. an Proteinen, Fetten und Aminosäuren erforderlich sind, müssen die verbotenen Komponenten "einfach" gegen andere ausgetauscht werden.

Tatsächlich befanden sich aber mit den tierischen Futtermitteln zugleich eine Reihe von organischen Spurenelementverbindungen in den Rationen, die diese in Bezug auf Qualität und Gesunderhaltung der Tiere abgesichert haben.

Enttäuscht zeigte sich Herr Remmers von der Haltung der Bundesregierung bei der Bewältigung der entstandenen Krise (BSE). Schon bevor die entsprechenden Gesetze und Verordnungen verabschiedet waren, hat das BMVEL die Mischfutterindustrie gebeten, sofort die tierischen Futtermittel aus den Rationen zu nehmen und dafür eine Entschädigung versprochen. Tatsache ist, dass die Mischfutterhersteller diesem Wunsch des Ministeriums sofort entsprochen und die Rationen umgestellt haben. Die Politik hat ihr gegebenes Wort gebrochen, die versprochene Entschädigung nicht bzw. nur zu 50 % gewährt und darüber hinaus die Mischfutterindustrie mit 45 % zu den Entsorgungskosten der nicht mehr zu verkaufenden Futtermittel herangezogen. Dies war nach Ansicht von Herrn Remmers ein politischer Akt, der so unter Kaufleuten nie geschehen wäre, denn hier gelten geschlossene Verträge bzw. gegebene Worte.

Als Vertreter der Zuckerindustrie und selbst Zuckerrübenbauer, und damit eines Produktes, dem man mit Sicherheit "sensorisch" nicht anmerken kann, ob das Ausgangsprodukt Rüben aus ökologischen oder konventionellen Anbau stammt – Zucker ist Zucker -, sprach **Herr Klaus Wittenberg** über Chancen und Risiken der Agrarpolitik in Bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit für den Bereich der Zuckerrübenwirtschaft.

Die Zuckerwirtschaft hat auch erkannt, dass sie selbst gegenüber den durch die sogenannten "Krisen" verunsicherten Verbrauchern Aufklärungsarbeit zu leisten hat. Sie hat den von ihr und dem BMVEL initiierten "Runden Tisch" begrüßt und versucht, den Großabnehmern von Zucker und Verbraucherverbänden durch Tatsachen belegte Informationen zu liefern. So wurde z. B. im Hinblick auf den geforderten "Öko-Zucker" von mehrfachen Pilotprojekten berichtet, die gezeigt haben, dass dieser wegen des höheren Preises keine echten Marktchancen hat, zumal er biologisch, inhaltlich und physiologisch mit Zucker aus herkömmlich produzierten Rüben identisch ist. Der Verbraucher soll nicht bevormundet werden aber die Rahmenbedingungen für die Produktion müssen vergleichbar sein. Hier liegt das Problem der Zuckerwirtschaft.

Im Verlauf einer lebhaften, zwei Stunden andauernden Diskussion – auch mit Beteiligung der Zuhörer – traten immer wieder zum Teil kontroverse Ansichten darüber in den Vordergrund, wie wichtig der Erhalt bzw. die Schaffung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und der mit ihr verbundenen Wirtschaftsbereiche auch unter dem Zwang der "neuen Agrarpolitik" ist und wie verlässlich diese Politik im Augenblick ist.

Nach vielen Wortbeiträgen aus dem Plenum und entsprechenden Antworten aus dem Podium schloss Dr. Wolff als Moderator die Veranstaltung. Er bedankte sich sowohl bei den Podiumsteilnehmern als auch bei den Zuhörern für ihre engagierte Mitwirkung. Er stellte fest, dass zwar nicht Einvernehmen zu den Fragen des Veranstaltungsthemas erzielt, aber unterschiedliche Standpunkte deutlich vertreten wurden und zum Nachdenken angeregt haben. Es wurde nicht ausschließlich Frau Künast kritisiert, es gab aber kritische Anmerkungen zu ihrer Politik, die es vielleicht wert waren, auch im BMVEL Gehör zu finden. Alles in Allem war es eine fruchtbare Diskussion, die auch bei späteren Gesprächen in anderen Kreisen noch von Nutzen sein kann.

Am 24. April fand zunächst die zur Vorbereitung der sich anschließenden Mitgliederversammlung übliche Sitzung von Vorstand und Beirat statt.

Zur **Mitglieder-Jahresversammlung** konnte der Vorsitzende 50 Mitglieder und Gäste im Plenarsaal der Industrie- und Handelskammer in Hannover begrüßen. Neben den erforderlichen Regularien – Jahresbericht und Jahresabrechnung 2001, Entlastung von Vorstand und Geschäftsführung, Haushaltsplan 2002 und Vorlage des Veranstaltungsplanes 2002 – fanden Ergänzungswahlen zu Vorstand und Beirat statt.

Nach Beratung in der vorangegangenen gemeinsamen Sitzung schlugen Vorstand und Beirat der Mitgliederversammlung vor, in den Vorstand

- **Herrn Verbandsgeschäftsführer Günter Distelrath**, Nieders. Sparkassen- u. Giroverband, und zur Wahl in den Beirat

- **Herrn Abteilungsdirektor Ralf Kiszka**, Syndikus, Nieders. Sparkassen- u. Giroverband, zu wählen,.

Gemäß § 7 (1) der Satzung wählte die Mitgliederversammlung in einzelnen Wahlgängen die Vorgeslagenen jeweils einstimmig in Vorstand und Beirat.

Zu dem im Anschluss an die Regularien üblichen Vortrag begrüßte der Vorsitzende als Redner **Herrn Professor Dr. Sonning Bredemeier**, Generalbevollmächtigter der NORD/LB Norddeutsche Landesbank.

Professor Dr. Bredemeier ist Chef-Volkswirt der NORD/LB und Honorarprofessor an der Universität Hannover und dort befasst mit der Steuerung von Bankrisiken, insbesondere Basel II. Das Thema seines Vortrages lautete: "**Basel II – Wie berechtigt sind die Befürchtungen des Mittelstandes?**" In seinem Vortrag behandelte Prof. Dr. Bredemeier drei Fragestellungen:

1. Was ist Basel II?
2. Welche Auswirkungen hat Basel II für das Kreditgeschäft der Banken und damit die Kunden?
3. Wie können Unternehmen von Basel II profitieren?

Er wies darauf hin, dass zur Zeit mittelständische Verbände durch ihre Befürchtungen, Kredite würden durch Basel II für kleine und mittlere Unternehmen teurer, viele Unternehmer verunsicherten. Deshalb beschrieb er zunächst die seit 1992 geltenden strengen Regeln im Bankenmarkt durch die Basel I – Beschlüsse; danach müssen sie ihre Unternehmenskredite mit acht Prozent ihres eigenen Kapitals unterlegen. Rein rechnerisch ist daher das Kreditvolumen auf das 12,5fache des Eigenkapitals der jeweiligen Bank begrenzt. Diese Regel sollte die Banken anhalten, die Kreditvergabe risikobewußt zu gestalten: Im Fall eines Kreditausfalls wird Eigenkapital verbraucht, vorhandene Reserven eingesetzt und wenn es ganz schlimm kommen sollte, auch Einlagen vernichtet.

Basel I hat jedoch Schwachpunkte. Denn es ist unsinnig, Kredite an solvente und betriebswirtschaftlich gesunde Unternehmen wie Siemens so einzuordnen wie Kredite an einen risikoreichen Newcomer des Neuen Marktes. Aus diesem Grunde hat man sich ein neues Konzept mit einem wenig phantasievollen Namen ausgedacht – nämlich Basel II

Anders als gegenwärtig soll künftig bei der Berechnung der Eigenkapitalunterlegung das tatsächliche Ausfallrisiko des Kredites die maßgebliche Rolle spielen. Es gilt die Faustregel: Je höher das Risiko, desto höher die Eigenkapitalunterlegung. Und für den Risikogehalt stellt Basel II zwei Kriterien in den Mittelpunkt.

Zum einen handelt es sich um die Laufzeit des Kredites. Laufzeiten von mehr als drei Jahren sollen aller Voraussicht nach künftig mit einem Aufschlag "sanktioniert", von weniger als drei Jahres mit einem Abschlag "belohnt" werden.

Das zweite Kriterium für die Höhe der Eigenkapitalunterlegung ist die Bonitätseinstufung des Kreditkunden, die künftig durch ein Rating bewertet wird. Der Begriff umschreibt die Meinung eines Experten über die Zahlungsfähigkeit des Kunden. Experten können laut Basel II prinzipiell zwei Gruppen sein:

Zum einen Ratingagenturen, die unabhängig von den Banken die Unternehmen bewerten. Daher bevorzugt die deutsche Kreditwirtschaft den zweiten Ansatz, den sog. Internen Ansatz. Hier sind die Banken selbst die Ratingexperten. Im Vergleich zu heute haben sie jedoch wesentlich geringere Spielräume bei der Bewertung ihrer Kunden. Hat sich einmal eine Bank für einen Ansatz entschieden, muss sie ihn auch beibehalten. Das Ratingurteil über ein Unternehmen entsteht durch Analysen in drei Bereichen, und zwar einer Branchenanalyse, der Analyse des Unternehmensmanagements und einer Finanzanalyse.

Prof. Dr. Bredemeier beschrieb eingehend die Fragestellungen in den drei Bereichen und ging danach ausführlich darauf ein, warum Basel II in Deutschland, insbesondere im Mittelstand, so umstritten ist.

Über 99 Prozent der Firmen weisen einen Umsatz von weniger als 50 Mio. Euro auf und gelten laut Definition als mittelständische Unternehmen. Mehr als zwei Drittel aller Beschäftigten arbeiten in kleinen und mittleren Unternehmen. Der Beitrag für die Ausbildung liegt sogar bei 80 Prozent. Auch hinsichtlich des Investitionsvolumens bildet der Mittelstand das Rückgrat der deutschen Volkswirtschaft. Fast die Hälfte der Investitionen wurden von kleinen und mittleren Firmen getätigt. Gleichzeitig verfügen viele kleine und mittlere Unternehmen nur über geringe Eigenkapitalquoten. Diese Kennziffer stellt in einem Ratingprozess jedoch eine sehr relevante Größe dar.

Einige andere relevante Kriterien lassen viele kleinere Unternehmen in einem Ratingverfahren schlecht aussehen. Deshalb deutet vieles darauf hin, dass sich viele mittelständische Unternehmen in Zukunft auf höhere Zinssätze einstellen müssen, **wenn sie nicht gegensteuern**. Die neuen Kreditregeln werden ab 2006 eingeführt. Künftig gilt stärker als bisher: Hohes Risiko – hoher Zinssatz, niedriges Risiko – niedriger Zinssatz.

Gleichwohl sind pauschale Befürchtungen, der Mittelstand in Deutschland müsse durch Basel II höhere Zinssätze zahlen, unbegründet. Viele Firmen sollen die Möglichkeiten für eine Fitnesskur nutzen. Auch ohne Basel II ist eine Situation, in der Firmen nicht über eine Unternehmensstrategie verfügen, aus betriebswirtschaftlicher Sicht sehr problematisch. Kommen noch schwache Eigenkapitalquoten oder Probleme in der Unternehmensnachfolge hinzu, so steht das Unternehmen in jedem Fall auf schwankendem Boden. An diesem Punkt gilt es künftig für die mittelständischen Unternehmer anzusetzen, um eine solide Basis zu erreichen.

Am 12. Juni fand der jährlich übliche Besuch eines Unternehmens im Raum Hannover statt. An ihm nahmen über 30 Mitglieder und Gäste der Verbindungsstelle teil und er galt in diesem Jahr der **Druckerei Grütter GmbH & Co. KG** in Ronnenberg-Empelde.

Vom Konzept bis zum fertigen Druckerzeugnis inklusive Verarbeitung und Logistik alle Leistungen aus einer Hand anzubieten, ist die Stärke dieses Unternehmens. Die am Stadtrand von Hannover ansässige Firma ist der Kopf einer aus neun Gesellschaften bestehenden Unternehmensgruppe mit anerkanntem Spezialwissen in den Bereichen Prepress, Druck, Verarbeitung, Versand, Display, Verlag und Onlinebereich sowie IT-Dienstleistungen.

Nach dem Eintreffen der Gäste auf dem Firmengelände in Empelde wurden wir vom Geschäftsführer des Unternehmens, **Herrn Wolf-Dieter Grütter**, begrüßt. In einem lebhaften und von hoher Kompetenz zeugenden Vortrag berichtete Herr Grütter über die Entstehung und Entwicklung so wie den augenblicklichen Stand des Unternehmens.

Immer an der Spitze im Einsatz fortschrittlicher Technik zieht sich ein offensichtlicher Pioniergeist wie ein "roter Faden" durch die Geschichte des traditionsreichen, gegenwärtig in der vierten Inhabergeneration geführten Print- und Medienspezialisten. 1893 unternahm Josef Grütter mit einer kleinen gewerblichen Druckerei, die den Grundstein der heutigen Unternehmensgruppe legte, den Schritt in die Selbständigkeit. Die Druckerei Grütter hatte jedoch während und nach dem Zweiten Weltkrieg eine kritische Phase zu überstehen, die u. a. die vollständige Zerstörung des Betriebsgeländes mit sich brachte. Im Jahr 1965 konnte der erste eigene Neubau am Stadtrand von Hannover bezogen werden. Hatte Grütter nach seiner Gründung hauptsächlich Bahn- und Postformulare sowie Durchschreibesätze hergestellt, bestimmten danach Drucksachen im Prospekt- und Katalogbereich die Produktion.

Entgegen aller Trends setzte das aufstrebende Unternehmen im Bereich Offset-Druck erfolgreich auf ein Konzept – das bis heute die Unternehmensphilosophie geblieben ist – **"Alles aus einer Hand"**.

Grütter zählte stets in Bezug auf technologische Neuentwicklungen zu den Vorreitern seiner Branche. So nahm das Unternehmen als erste Druckerei Norddeutschlands 1977 mit einer Heidelberger Vierfarben-Offsetdruckmaschine eine für damalige Verhältnisse absolute Spitzentechnologie in Betrieb. Seit dem Jahr 2000 arbeitet im Unternehmen eine "Karat 74", mit der im Digitaldruck neue Wege beschritten werden. Im Februar 2002 kam im Hause Grütter eine "Weltpremiere im Rollendruck" hinzu. Eine Rollendruckmaschine, die für den Zweibahn-Betrieb ausgelegt ist, damit den Parallelbetrieb von zwei Druckbahnen für einen Auftrag oder auch von zwei völlig verschiedenen Aufträgen realisiert und damit die Druckzeiten um 50 % reduziert. Außerdem kann sie neben Standardformaten auch Kleinformate verarbeiten.

Die Leistungsfähigkeit der Druckerei Grütter zeigt sich u. a. auch in der monatlichen Produktion von 3,5 Mio. Bedienungsanleitungen, die zwischen 80 und 100 Seiten umfassen und im Innenteil zweifarbig gedruckt werden. Beim Umschlag kommen bis zu sechs Farben zum Einsatz. Die fertigen Exemplare werden innerhalb von 48 Stunden beim Kunden angeliefert.

An den Schluss seines hoch interessanten Vortrages stellte Herr Grütter in Bezug auf die Zukunft des Unternehmens folgende Feststellung: Mit der Zielsetzung, das automatische Drucken, die automatische Verarbeitung und den schnellstmöglichen Versand weiter zum Wohle der Kunden zu vervollkommen, gehen wir den Herausforderungen der Zukunft entgegen. Der 2001 erzielte Umsatz von 60 Mio. Euro soll dementsprechend in 2002 auf 69 Mio. Euro ausgebaut werden. Neben der konsequent betriebenen Perfektionierung als Print- und Mediendienstleister engagieren wir uns zudem in der Online-Welt und profitieren dort sehr stark von dem profunden Know-how aus dem Print-Bereich.

Ein sich an den Vortrag von Herrn Grütter anschließender Rundgang durch den Betrieb unter seiner sachkundigen Führung zeigte in der Praxis das vorher Gesagte und stand unter dem Motto "Wie entsteht eine Seite von der Vorbereitung über den Druck bis zur Verarbeitung einschließlich Adressierung bis zum Versand?"

Dabei gab Herr Grütter bei jeder Produktionsstation detailliert, auch für den Laien verständliche Erklärungen und beantwortete bereitwillig Fragen der Besucher. ...

Wir sahen z. B. die Entstehung der Seite auf dem Bildschirm, wobei die Kreativität der Mitarbeiter – ausschließlich Fachkräfte – ausschlaggebend für das gute Gelingen eines Blattes ist. Interessant ist die mit komplizierter Technik verbundene Übertragung auf die Druckbogen, der Druck selbst in den unterschiedlichen Druckmaschinen. Allein die drei Acht- und Zehnfarben-Druckwerke mit Rollenleger versetzen Grütter in die Lage, kostengünstig und schnell pro Stunde bis zu 36.000 beidseitig bedruckte Bogen zu produzieren.

In der hoch technisierten Verarbeitung sind den Bedürfnissen der Kunden kaum Grenzen gesetzt. Sieben Falzmaschinen mit unterschiedlicher Ausstattung und vier Sammelhefter mit Umschlagableger und Kartenkleber gestatten die termingerechte Abwicklung der Aufträge.

Den Abschluss der Veranstaltung nach dem Rundgang bildete bei einem Imbiss ein Diskussionsgespräch mit Herrn Grütter, in dem noch zahlreiche Fragen u. a. zum Unternehmen selbst – in der Unternehmensgruppe arbeiten z. B. 360 Mitarbeiter, davon 210 in Hannover – zur zukünftigen Entwicklung im Bereich der Printmedien, die ungeheuer schnell und kurzlebig ist, behandelt wurden. Darüberhinaus nahm Herr Grütter zu Fragen, die sich während des Rundganges ergeben hatten, ausführlich Stellung.

Am Ende dieses ungewöhnlich interessanten Nachmittags bedankte sich der Geschäftsführer der Verbindungsstelle bei Herrn Grütter für seine Gastfreundschaft, seine persönliche Betreuung der Besuchergruppe, aber insbesondere dafür, dass die Teilnehmer dieser Veranstaltung einen echten Unternehmer kennen gelernt haben, dessen Kompetenz, sein Elan und seine Lust und Liebe an und zu seinem Beruf offensichtlich der Schlüssel zum Erfolg seines Unternehmens sind.

Am 7. August besuchten Mitglieder und Freunde der Verbindungsstelle das Werk unseres langjährigen Mitgliedsunternehmens **Kraul & Wilkening u. Stelling KG-GmbH & Co. (KWST)** in Hannover-Anderten.

Dieses seit knapp 150 Jahren in Hannover ansässige mittelständische Unternehmen produziert, veredelt und vermarktet Alkohol und ist einer der führenden Ethanol-Produzenten in Deutschland.

Nach dem Eintreffen der 35 Mitglieder und Gäste der Verbindungsstelle wurden wir von den **Herrn Dr. C. L. Wilkening und Dipl.-Ing. Ludz Wilkening** empfangen.

Im Anschluss an seine Begrüßungsworte ging Herr Ludz Wilkening in seinem Einführungsreferat auf Geschichte, Entwicklung und derzeitigen Stand des Unternehmens ein.

Im Jahr 1856 erfolgte die Gründung der Firma Kraul und Wilkening KG als Spiritus-Lohnreinigungsanstalt in Hannover. 1870 wurde der Bau einer Melassebrennerei in Hannover-Misburg verwirklicht. Weitere wichtige Schritte bei der Fortentwicklung des seit fünf Generationen von der alleinigen Eignerfamilie Wilkening geführten Unternehmens – unterstützt durch einen Beirat, in dem Familienmitglieder und Bankenvertreter die Geschäftsführung überwachten – waren

- 1906 der Neubau der Reinigungsanlage und des Ethanollagers,
- 1918, nach Gründung der Reichsmonopolverwaltung, der Status als Vertragsbetrieb für die Bereiche Lohnreinigung, Lagerung und Vertrieb von Ethanol (=Alkohol).

Ab 1946 begann der Wiederaufbau der durch den Krieg erheblich zerstörten Produktionsanlagen – bedingt auch durch die Lage in der Nähe zu Deurag-Nerag.

Die danach erfolgte kontinuierliche Weiterentwicklung des Unternehmens wurde von Herrn Wilkening chronologisch beschrieben bis zur Beendigung des Vertragsverhältnisses mit der Bundesmonopolverwaltung für die Bereiche Lohnreinigung und Vertrieb im Frühjahr 2000. KWST produziert und vertreibt seither Ethanol für den Vorbehaltssektor nun in eigener Regie.

Herr Wilkening ging dann ausführlich auf die Bereiche Finanzen, Mitarbeiter, Kunden, Technik und die Rolle des Unternehmens im europäischen Markt für Ethanol ein.

Im Jahr 2001/02 erwirtschafteten 32 Mitarbeiter, darunter hochqualifizierte Ingenieure, Techniker und Vertriebsmitarbeiter, einen Umsatz von 20 Mill. EUR, mit wachsender Tendenz bei steigender Absatzentwicklung.

Auf höchstem technischen Niveau wird in der Brennerei mit einer Jahreskapazität von 50.000 hl aus Melasse Ethanol erzeugt. Bei einer Reinigungskapazität von 28.000 hl/Jahr verfügt KWST über die Fähigkeit, auch problematischen Rohalkohol zu reinigen und verfügt über eine Lagerkapazität von 22.000 cbm.

Nach weiteren detaillierten Ausführungen zu den technischen Abläufen im Unternehmen erläuterte er am Ende seines Einführungsvortrages die sieben Punkte, die gewissermaßen als Unternehmensphilosophie die Handlungsmaxime für das tägliche Tun bei KWST gelten:

Kundenorientierung, Mitarbeiterorientierung, Spitzenqualität, höchste Effizienz, Wachstumsorientierung, Ressourcenschonung und Eigenständigkeit.

An diesen sehr interessanten und spannenden Vortrag schloss sich ein einstündiger Rundgang durch den Betrieb in drei überschaubaren Gruppen an, bei dem auftretende Fragen vor Ort behandelt wurden.

Nach einer kurzen Kaffeepause hielt Herr Ludz Wilkening dann den in der Einladung angekündigten Vortrag zum Thema "**Perspektiven der Verwendung von Bioethanol aus nachwachsenden Rohstoffen im Kraftstoffsektor**", in dem er auch auf die maßgebliche Mitwirkung von KWST bei der Erstellung einer Studie einging, die in Zusammenarbeit mit weiteren Firmen und Institutionen für die "Fachagentur nachwachsender Rohstoffe" erstellt worden ist.

Abschließend zog er das durchaus positive Fazit, dass trotz aller Unwägbarkeiten durch die vorhandenen Potenziale der Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und der Energie- bzw. CO₂-Bilanz durch neue Techniken und neue Rohstoffe Ethanol bei der zukünftigen Entwicklung der Energieversorgung eine wichtige Rolle spielen kann.

Die Mitglieder-Jahresfahrt am 11. September führte unter der außerordentlich regen Beteiligung von 50 Damen und Herren nach Papenburg im Emsland. Wichtigstes Ziel der Reise war der Besuch der MEYER WERFT in Papenburg. Hier wurden die Fahrtteilnehmer im voll besetzten Reisebus von einem der insgesamt 60 Gästeführer, die für den Fremdenverkehrsverein Papenburg im Einsatz sind, begrüßt. Dieser war während des gesamten Besuches ein kompetenter und engagierter Begleiter unserer Besuchergruppe.

Bis etwa 13.30 Uhr erfolgte die Besichtigung der Meyer Werft. Beeindruckt durch die neu errichtete riesige Dockhalle mit einer Höhe von 75 Metern erreichten wir das im Mai d. J. eingeweihte neue Besucherzentrum, das auch als mögliches Modul für den in Papenburg geplanten Themenpark "Mobiloskop" konzipiert ist.

Zunächst gab ein etwa 15-minütiger aktueller Video-Film einen Einblick in die wichtigsten Stationen der über 200-jährigen Firmengeschichte.

Da in den letzten Jahren die Zahl der Besucher ständig gestiegen ist – und dieser Trend noch immer anhält – hatte sich die Werft entschieden, im Rahmen der Fertigstellung der neuen Hallen ihr Besucherzentrum auszubauen und zu professionalisieren.

Es bietet einen Einblick in die riesigen Dockhallen und interessante Informationen über modernen Schiffbau und das Thema Kreuzfahrt.

Neben einer Musterkabine des Kreuzfahrtschiffes "Norwegian Star" zeigt eine Ausstellung Modelle einzelner Schiffseinrichtungen moderner Kreuzfahrtschiffe.

Die Besucher hatten Gelegenheit, die im Bau befindlichen Ozeanriesen "Serenade of the Seas" (Ablieferung im Jahr 2003) und "Norwegian Dawn" (Ablieferung November 2002) anzuschauen. Weitere Erläuterungen durch unseren Gästeführer beschäftigten sich mit den unterschiedlichsten Themen, so z. B. mit der Belegschaft der Werft und dem Standort Papenburg.

Die Meyer Werft ist, trotz ihrer Tradition, eine der jüngsten Werften in der Welt: 2.400 Mitarbeiter mit einem Durchschnittsalter von nur 36 Jahren arbeiten bereits durchschnittlich 13 Jahre im Unternehmen. Eine gute Ausbildung, ein umfassendes Training im Beruf und eine große Erfahrung der Mitarbeiter garantieren hochwertige Produkte und eine stetige Verbesserung der Produktivität. Häufig sind gleich mehrere Generationen einer Familie auf der Werft beschäftigt.

Papenburg, Standort der Meyer Werft seit 204 Jahren, ist eine schöne historische Stadt mit 35.000 Einwohnern und einer langen Tradition im Schiffbau. Die Schiffbaukunst der Vergangenheit kann auf den zahlreichen Kanälen der Stadt besichtigt werden. Hotels, Restaurants und die Stadthalle im "Forum Alte Werft" sind heute beliebter Treffpunkt in der Stadt.

Die Stadt Papenburg und die Region profitieren in besonderem Maße von den zahlreichen Gästen der Werft. Die Hotellerie, die Gastronomie und der Einzelhandel in Papenburg haben sich deutlich positiv entwickelt seit der Besucherstrom der Werft stark angestiegen ist. Die größte Zahl der Besucher kommt aus Nordrhein-Westfalen und dem Raum Hannover/Kassel. Insgesamt reisen sie aus dem gesamten Bundesgebiet und dem benachbarten Ausland an.

An die Besichtigung der Meyer Werft schloss sich ein gemeinsames Mittagessen an.

Um 15.00 Uhr begann dann die geplante Stadtrundfahrt durch Papenburg, die durch die sehr ausführlichen und von Sachkenntnis und Heimatliebe zeugenden Ausführungen unseres Gästeführers ein interessanter Abschluss der Jahresfahrt war.

Trotz der diesmal sehr langen Fahrzeit zum Reiseziel waren die Teilnehmer überzeugt, eine interessante Jahresfahrt erlebt zu haben.

Als letzte allgemeine Veranstaltung des Jahres 2002 fand am 13. November in Verbindung mit der internationalen DLG-Fachausstellung für Tierproduktion und Management ein Besuch der "EuroTier 2002" mit der Teilnahme an einer Podiumsdiskussion statt.

Nach dem Eintreffen der etwa 30 Mitglieder und Gäste der Verbindungsstelle im Informationszentrum (IC) der Messe wurden wir vom Projektleiter der "EuroTier", **Herrn Dr. Köckler**, begrüßt, der in seinem Einführungsvortrag auf die Arbeit der DLG allgemein und ausführlich auf die Gestaltung der diesjährigen "EuroTier" einging.

Eingebettet in das Ausstellungsprogramm der DLG findet im Wechsel in der jeweils zweiten Novemberwoche in ungeraden Jahren die "Agritechnica" als Leitausstellung der gesamten Landtechnik mit im letzten Jahr etwa 250.000 Besuchern und wie in diesem Jahr die "EuroTier" als Leitausstellung für professionelle Tierhaltung statt.

Die DLG kann ein sehr gutes Anmeldeergebnis verzeichnen: 1.324 Direktaussteller und 102 zusätzlich vertretene Firmen aus insgesamt 35 Ländern präsentieren ihre Ausstellungsgüter auf nahezu 68.000 m² Netto-Ausstellungsfläche. Dies entspricht im Vergleich zu 2000 eine Zunahme von 9 Prozent bei den Ausstellern, auch die Nettoausstellungsfläche hat im Vergleich zur letzten Veranstaltung noch einmal um acht Prozent zugenommen. Das unterstreicht die hohe Attraktivität der EuroTier. Sie ist damit die europäische Leitausstellung für die professionelle landwirtschaftliche Tierhaltung.

Die DLG als Veranstalter der EuroTier verfolgt das Ziel, weit mehr als nur technische Informationen auf dem Messegelände in Hannover zu vermitteln. Die gesamte Branche stellt sich dort der aktuellen Debatte über die Zukunft der modernen Tierhaltung in Deutschland und in Europa. Innovation in Richtung tiergerechter Haltungssysteme, wirtschaftliche Herausforderungen wie die Osterweiterung und die WTO-Verhandlungen, Verbraucherwünsche sowie die Ausrichtung der gesamten Produktionsketten auf die Ziele der Nachhaltigkeit werden die Diskussionen auf den Ständen sowie bei den Konferenzen und Fachforen bestimmen.

Die EuroTier 2002 wartet mit einem deutlich ausgebauten, internationalen Rahmenprogramm auf. Ziel ist es, den europäischen Top-Entscheidern aus der Praxis ein zusätzliches Informationsangebot mit der Möglichkeit zu einem intensiven Meinungs- und Erfahrungsaustausch zu schaffen. Hierzu zählen insbesondere die drei internationalen Konferenzen, die in Zusammenarbeit mit in- und ausländischen Partnern bereits am 11. November 2002 für die Geflügel-, Schweine- und Rinderhalter stattfanden. Große Aufmerksamkeit werden in Fachkreisen auch die zahlreichen öffentlichen Informationsveranstaltungen der Aussteller sowie die EuroTier-Foren für die Bereiche Geflügel, Rind, Schwein und erstmals auch für Aquakultur finden, in denen aktuelle Themen von den Fachleuten angesprochen und mit den Teilnehmern diskutiert werden.

Den zweiten Teil dieser Veranstaltung bildete der Besuch einer Podiumsdiskussion in Halle 16 zum Thema **"Nationale Alleingänge im Tier- und Verbraucherschutz – Vorreiterrolle oder Existenzvernichtung?"**

Im Mittelpunkt der Diskussion standen das Käfigverbot für Hühner von 2007 an und die Pflicht, Eier von 2004 an zu kennzeichnen. Diese Kennzeichnungspflicht der EU macht es erforderlich, mit entsprechend neuen und teuren Geräten, sogen. Printern, jedes Ei mit Zahlen- und Buchstabencodes zu versehen, hinter denen sich die Art der Hennenhaltung, das Herkunftsland und der Produktionsbetrieb verbirgt. Besonders verärgert sind die deutschen Eierproduzenten über den deutschen Alleingang, das EU-weite Käfigverbot um fünf Jahre vorzuziehen.

Der "Zentralverband der Deutschen Geflügelwirtschaft (ZDG)", will das Käfigverbot keinesfalls tatenlos hinnehmen und will den Alleingang Deutschlands vom Bundesverfassungsgericht prüfen lassen.

Man befürchtet eine Abwanderung der Eierproduktion ins Ausland und rechnet mit einem Rückgang der deutschen Produktion von heute 65 Prozent auf 35 Prozent.

Einig waren sich die Teilnehmer der Diskussionsrunde darin, dass politische "Schnellschüsse" und deutsche Alleingänge der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Agrarwirtschaft – und zwar in vielen Bereichen – schweren Schaden zufügen können und nur eine gemeinsame Suche aller Beteiligten nach akzeptablen Lösungen den Belangen von Verbraucherschutz, Umweltschutz und Wirtschaftlichkeit genügen können.

Mit einem Rundgang durch die Ausstellung in kleinen Gruppen, entsprechend den individuellen Interessen, endete der aufschlussreiche und sehr informative Besuch der "EuroTier2002".

Auf Einladung unseres Mitgliedsunternehmens, **NORD/LB Norddeutsche Landesbank Girozentrale**, fand am 11. Dezember im Neubau des Unternehmens in Hannover die zum Jahresende übliche gemeinsame Sitzung von Vorstand und Beirat statt.

Neben den erforderlichen Regularien – Haushaltsabwicklung 2002 und Haushaltsplan 2003 – wurde die Arbeitsplanung für das Jahr 2003 ausführlich besprochen und einvernehmlich beschlossen. Daneben wurden von den Sitzungsteilnehmern eine Reihe von Beiträgen geleistet, die sich u. a. mit Anregungen für zukünftige Veranstaltungen und die Gewinnung neuer Mitgliedsunternehmen befassten.

Am Beginn der Sitzung ging **Herr Bernd Schuster**, Mitglied des Vorstandes der NORD/LB, in seiner Begrüßungsansprache zunächst auf das neue Gebäude ein und machte anschließend einige interessante Ausführungen zum Unternehmen selbst und zur allgemeinen Lage der Banken.

Als schönstes Kompliment für den Neubau empfand Herr Schuster den Satz in einer Rezension der "Financial Times Deutschland". Sie schrieb am 13. September in ihrer Wochenendbeilage über den Neubau der NORD/LB: "Statt autistischer Machtdemonstration vermittelt dieses Gebäude ein Willkommenheitsgefühl".

"In der Hoffnung, dass Sie es genauso empfinden, heiße ich Sie also in unserer neuen Zentrale sehr herzlich willkommen", sagte Herr Schuster.

Die Geschichte dieses Baus begann konkret um die Mitte der neunziger Jahre. Damals war klar geworden, dass eine Bank, die allein in Hannover auf 16 Standorte verteilt ist, ihre Effizienzpotentiale nicht voll ausschöpfen kann: "Konzentration auf einen Standort" – so lautete deshalb die Devise. Entstanden ist ein umweltfreundlicher Bau, der sich zugleich auf harmonische Weise dem umliegenden Stadt- und Straßenbild anpasst. So sieht es auch die Fachwelt: "Außen fügt der Bau sich ins strenge Blockraster der Stadt und bleibt bescheiden auf Mittelhöhe", urteilt die Wochenzeitschrift "Die Zeit" in ihrer Ausgabe vom 29. August.

Bei seinen Ausführungen zur allgemeinen Situation der Banken griff Herr Schuster nochmals das Schlagwort von der "Macht der Banken" auf. Dieser allgemeine Vorwurf ist gleichzeitig eine Herausforderung für jede Bank.

Er berichtete in diesem Zusammenhang über zwei Untersuchungen zu diesem Thema.

1. Großbanken verabschieden sich zunehmend aus der Fläche, um die Kosten in den Griff zu bekommen. Mittelständische Unternehmen haben es deshalb schwer, persönliche Kontakte zu "Ihrer" Bank zu pflegen; so hat z. B. eine Großbank ein Call-Center zur Kundenbetreuung eingerichtet. Die NORD/LB will hingegen gemeinsam mit den Sparkassen ihre Präsenz in der Fläche keinesfalls einschränken.

2. Bei den Banken ist in den 90er Jahren im Kerngeschäft kaum etwas verdient worden. Investmentbanking und Wertpapierhandel subventionierten bei steigenden Kursen andere Geschäftsfelder und deshalb wurden diese nicht rechtzeitig und genügend beachtet. Schwierigkeiten bereiten den Banken jedoch die zunehmenden administratorischen Regelungen im Gefolge von Basel I und Basel II im Hinblick auf das "Ranking".

Mit den so genannten Mindestanforderungen für das Zinsgeschäft greift der Staat in bankinterne, auch organisatorische Strukturen ein. Bilanzen müssen z. B. auf internationalen Stand umgestellt werden und alle diese Dinge verursachen Kosten in Millionen-Euro-Höhe.

Der NORD/LB-Konzern hat jedenfalls das vergangene Jahr verhältnismäßig gut überstanden – auch im Hinblick auf das "Berlin-Engagement", bei dem sich die NORD/LB gewissermaßen in einer "Warteschleife" befindet.

Auch für das nächste Jahr scheint ein ordentliches Ergebnis zu erwarten sein.

Herr Schuster schloss seinen Vortrag mit der Feststellung, dass viel davon abhängen wird, wann und in welchem Ausmaß die wirtschaftliche Konjunktur in Deutschland anspringen wird.

An diese Ausführungen schloss sich ein von kompetenten Führern begleiteter Rundgang in zwei Gruppen durch das Gebäude an, bei dem die Sitzungsteilnehmer Antworten auf sie interessierende Fragen bekamen.

Neben der Organisation der in diesem Bericht beschriebenen Veranstaltungen und der Verfassung ausführlicher Berichte hierüber zur Information der Mitglieder und befreundeter Institutionen hat sich der Geschäftsführer bemüht, im Rahmen seiner Möglichkeiten weitere Aktivitäten zu entwickeln.

Die Teilnahme an zahlreichen Pressekonferenzen, der Besuch von Ausstellungen und Veranstaltungen von Mitgliedsorganisationen ergaben die Möglichkeit, gewonnene Informationen gezielt an die Mitglieder weiterzugeben und die Aufgabe der Verbindungsstelle nach außen darzustellen.

Durch die Übersendung weiterer aktueller Veröffentlichungen aus gewerblicher Wirtschaft und Landwirtschaft im Zusammenhang mit Einladungen und Berichten zu eigenen Veranstaltungen hat sich der Geschäftsführer bemüht, den Mitgliedern zusätzliche Informationen zukommen zu lassen.

In Fortführung der Aktivitäten des Geschäftsführers im Rahmen des **Gesprächskreises Industrie-Landwirtschaft Sachsen-Anhalt** hatte er auch im Jahr 2002 Gelegenheit, bei Besuchen in dortigen Unternehmen – unterstützt durch den stellvertretenden Hauptgeschäftsführer der Industrie- und Handelskammer Halle-Dessau, **Herrn Wilhelm Ehrhardt**, interessante Einblicke in die Wirtschaft Sachsens-Anhalts zu gewinnen.

Am Schluss dieses Jahresberichtes möchte sich der Geschäftsführer wiederum bei Mitgliedern, Freunden und Förderer der Verbindungsstelle dafür bedanken, dass sie ihm, wie in den Jahren zuvor, auch 2002 durch wohlwollende Unterstützung seine Arbeit ermöglicht haben.

Verbunden mit diesem Dank ist die Bitte, auch zukünftig durch Anregungen, aber auch Inanspruchnahme der vorliegenden Informationen die gemeinsame Arbeit der Verbindungsstelle erfolgreich mitzugestalten. Sein besonderer Dank gilt den Mitgliedern von Vorstand und Beirat für die so vertrauensvolle und anerkennende Zusammenarbeit.

P. S. Die ausführlichen Berichte der beschriebenen Veranstaltungen können bei der Verbindungsstelle angefordert werden.